



verkündet am:
12.3.2009

Amtsgericht Hamburg-Wandsbek

URTEIL Im Namen des Volkes

Geschäfts-Nr.: 711 C 237/08

In dem Rechtsstreit

LORRAINE MEDIA GMBH, Hauptstraße 117, 10827 Berlin, Gz.: B 11229-58905,
vertr. durch die Geschäftsführerin Sabine Goertz

- Klägerin -

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte

gegen

- Beklagte -

erkennt das Amtsgericht Hamburg-Wandsbek, Abteilung 711, durch den
Richter am Amtsgericht Sohns aufgrund der am 21.1.2009 geschlossenen
mündlichen Verhandlung für Recht:

1. Der Vollstreckungsbescheid des Amtsgerichts Wedding vom 07.11.2008 (Az: 08-3576084-0-5) bleibt mit der Maßgabe aufrechterhalten, dass die Beklagte verurteilt ist, an die Klägerin 439,00 Euro nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszins hieraus seit dem 17.10.2008 sowie 42,90 Euro vorgerichtliche Kosten zu zahlen. Im Übrigen wird der Vollstreckungsbescheid aufgehoben.
2. Die Beklagte trägt die weiteren Kosten des Rechtsstreits.
3. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar

Sohns

Richter am Amtsgericht

Tatbestand

Die Klägerin macht Vergütungsansprüche aufgrund eines Anzeigenvertrages gegen die Beklagte geltend.

Am 02. Februar 2008 unterzeichnete die Beklagte in Hamburg einen Anzeigenvertrag mit der Klägerin, die Anzeigendienstleistungen anbietet. Gegenstand des Vertrages war Anfertigung von digitalen Fotos der Beklagten und ihre Veröffentlichung als Fotochiffreanzeige in der Zeitung www.models-week.de für die Zeit von 12 Monaten. In dem Vertragsformular, auf dessen Rückseite die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Lorraine Media GmbH abgedruckt waren, heißt es unter anderem: „ Der Anzeigenauftraggeber bestätigt, den Inhalt dieser Vereinbarung, insbesondere die umseitigen Geschäftsbedingungen auf der Rückseite, sorgfältig gelesen zu haben und eine Ausfertigung dieser Vereinbarung erhalten zu haben.“ Ferner ist dort das Anzeigenpaket „Models-Week & Banner & More“, Mindestlaufzeit 12 Monate, Preis 439,00 Euro, mit „Ja“ angekreuzt. Der Anzeigenvertrag ist laut den Geschäftsbedingungen der Klägerin mit einer Frist von 3 Monaten zum Ende der Mindestlaufzeit nur schriftlich kündbar. Weiter ist dort bestimmt, dass der zu zahlende Gesamtbetrag für das Anzeigenpaket innerhalb von zehn Tagen nach Unterzeichnung der Vereinbarung fällig wird. Die Klägerin veröffentlichte die Anzeige auftragsgemäß seit dem 02.03.2008 im Internet. Eine Zahlung seitens der Beklagten erfolgte jedoch nicht.

Die Klägerin hat gegen die Beklagte den Vollstreckungsbescheid des Amtsgericht Berlin-Wedding vom 07.11.2008 erwirkt, wonach die Beklagte verpflichtet ist, an die Klägerin 439,00 Euro nebst 12,6 % Jahreszinsen seit dem 12.02.2008, Mahnkosten in Höhe von 28,60 Euro, Kosten für Auskünfte in Höhe von 14,30 Euro zu zahlen.

Der Vollstreckungsbescheid ist der Beklagten am 19.11.2008 zugestellt worden.
Gegen diesen Vollstreckungsbescheid hat die Beklagte am 10.11.2008 Einspruch eingelegt.
Die Klägerin hat hinsichtlich eines Teils der Zinsforderung die Klage zurückgenommen.

Der Klägerin beantragt nunmehr,

den Vollstreckungsbescheid des Amtsgerichts Wedding vom 07.11.2008 mit der Maßgabe aufrechtzuerhalten an die Klägerin 439,00 Euro nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszins seit dem 17.10.2008 zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,

den Vollstreckungsbescheid des Amtsgerichts Wedding vom 07.11.2008 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Die Beklagte trägt vor, sie habe den Vertrag innerhalb von zwei Wochen nach Vertragsschluss gekündigt habe. Dass sie dazu berechtigt sei, habe ihr eine Frau beim Vertragsschluss erklärt sowie ihr eine andere Anschrift mitgeteilt, an die sie auch die Kündigung geschickt habe. Wohin sie das Kündigungsschreiben geschickt habe, wisse sie nicht, auch das Schreiben habe sie nicht mehr vorliegen.

Zur Ergänzung des Tatbestandes wird auf die von den Parteien zur Gerichtsakte gereichten Schriftsätze nebst Anlagen Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Der Einspruch der Beklagten gegen den Vollstreckungsbescheid ist zulässig, hat in der Sache aber kein Erfolg, wobei der Vollstreckungsbescheid teilweise nur zur Klarstellung aufgehoben wird.

Die zulässige Klage ist begründet. Die Klägerin verlangt zu Recht von der Beklagten Zahlung von 439,00 Euro. Der Zahlungsanspruch ergibt sich unmittelbar aus dem zwischen den Parteien geschlossenen Anzeigenvertrag i. V. mit § 631 Abs. 1 BGB. Der Anzeigenvertrag stellt eine Unterform des Werkvertrages, hier mit dienstvertraglichem Einschlag, dar. (vgl. OLG Frankfurt a. M., NJW-RR1988, 945). Bei Werkverträgen besteht nach den gesetzlichen Regelung der §§ 641 Abs. 1, 646 BGB eine Vorleistungspflicht des Werkunternehmers. Zudem hat die Entrichtung der Vergütung an den Unternehmer gem. §§ 640 Abs. 1, 641 Abs. 1 Satz 1 BGB bei Fehlen abweichender Vereinbarungen der Vertragsparteien erst bei der Abnahme des vertragsgemäß hergestellten Werkes zu erfolgen. Diese Regelung bedeutet, dass der Vergütungsanspruch des Werkunternehmers

zwar mit dem Abschluss des Werkvertrages entsteht, grundsätzlich aber erst mit der Abnahme des Werkes fällig wird. (vgl. BGHZ 89, 189, 192; Sen. Ur. V. 20.10.1992 – X ZR 95/90, NJW 1993, 1128, 1130)

Zwischen den Parteien ist aufgrund der Unterzeichnung des Formularvertrages durch die Beklagte ein Vertrag mit dem schriftlich niedergelegten Inhalt wirksam zustande gekommen. Zudem lagen der Beklagten bei Unterzeichnung des Vertrages die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Klägerin vor, die aufgrund des oberhalb der Unterschrift auf dem Anzeigenauftrag befindlichen Hinweises auch wirksam in den Vertrag einbezogen wurden. Gegenstand des Vertrages war das Anzeigenpaket „Models – Week & Banner& More“. Die Anzeigen sollten für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten in der Zeitung www.models-week.de erscheinen. Zusätzlich sollte eines der digitalen Bilder für den gleichen Zeitraum fließend im Wechsel erscheinen, und zwar in der dafür vorgesehenen Bannerwerbung auf der Titelseite links unten. Diese Leistungen hat die Klägerin seit dem 02.03.2008 erbracht. Soweit die Beklagte dieses bestritten hat, ist dieses Bestreiten unsubstantiiert und damit unbeachtlich.

In den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Klägerin wurde eine Vorleistungspflicht des Bestellers festgelegt. Damit liegt zwar eine Abweichung von einer gesetzlichen Leitbestimmung der Vorleistungspflicht vor, die aber nicht zur Unwirksamkeit der Klausel führt. Diese kann durch höherrangige Interessen des Verwenders, die in der Natur des konkreten Schuldverhältnisses liegen, gerechtfertigt sein. (vgl. BGH Ur. V. 9. 7. 1992 – VII ZR 7/92, NJW 1992, 3158, 3161 m. w. N.)

Die besondere Interessenlage bei Internetanzeigenverträgen, die über mehreren Monaten erscheinen, bedingt, dass der Besteller sein wirtschaftlich verfolgtes Ziel erst mit der Aufnahme der Werbeanzeige erreichen kann. Da aber der Unternehmer die Anfertigung der Anzeige, hier die Fotoaufnahmen der Beklagten, bereits vor ihrer Veröffentlichung geleistet hat, verbleibt ihm im Falle der Nichtleistung nur die mühevoll und kostenintensive Betreuung seiner bis dahin getätigten Herstellungskosten. Bei der großen Menge seiner Anzeigenkunden könnten diese Kosten eine für den Werkunternehmer unzumutbare Größenordnung erreichen. Die Typik des Anzeigenvertrages rechtfertigt hier somit die Vereinbarung einer Vorleistungspflicht des Auftraggebers.

Auf die von der Beklagten vorgebrachten Einwendungen, ihre Anzeige im Internet nicht gesehen zu haben, kommt es nicht an, da gemäß den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Klägerin der Kunde erst dann Anspruch auf Veröffentlichung der Anzeige hat, wenn der Anzeigenpreis bei Lorraine Media eingegangen ist. Das ist hier aber nicht der Fall, da eine Zahlung durch die Beklagte zu keinem Zeitpunkt erfolgte. Zudem hat die Klägerin trotz Nichtzahlung durch die Beklagte ihre Anzeige veröffentlicht und damit vollumfänglich ihre Leitungspflicht erfüllt. Die Zahlungspflicht der Beklagten ist auch nicht durch die Kündigung

entfallen, da laut der Vertragsbedingungen eine Kündigung des Anzeigenvertrages nur mit einer Frist von 3 Monaten zum Ende der Mindestlaufzeit möglich ist. Dabei ist das Vorbringen der Beklagten zur Kündigung in jeder Hinsicht unsubstantiiert und deshalb unbeachtlich.

Darüber hinaus steht der Klägerin ein Zinsanspruch in Höhe der Prozesszinsen gemäß § 291 BGB. Die Klägerin kann ferner die vorgerichtlichen Kosten in Höhe 42,90 Euro gemäß §§ 280 Abs. 1, 286 BGB unter dem Gesichtspunkt des Verzuges verlangen.

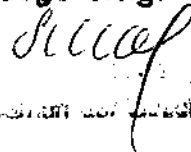
Die Berufung ist nicht zuzulassen, da die Voraussetzungen des § 511 ZPO nicht vorliegen. Die Kostenentscheidung ergeht gemäß §§ 91, 92 Abs. 2 Nr. 1 ZPO, da die Zuvielforderung der Klägerin verhältnismäßig gering ist und keine höhere Kosten veranlasst hat.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit richtet sich nach §§ 708 Nr. 11, 713 ZPO.

Sohns

Richter am Amtsgericht

Ausgefertigt



als Urkunde des Amtsgerichts